Beschlussvorlage
KuM/003/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kulturausschuss	09.05.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Erweiterung der Dauerausstellung des Memoriums Nürnberger Prozesse

Anlagen:
01_Diversity-Check
02_Entscheidungsvorlage
03_Memorium_Nutzungsvereinbarung
04_Auszug aus Nachtraghaushaltplan Freistaat 2025
05_Ref. I/II-Stellungnahme vom 15.04.2025

Sachverhalt (kurz):
Die 2016 zwischen der Stadt Nürnberg und dem Freistaat Bayern geschlossene Nutzungsvereinbarung über Räumlichkeiten im Ostbau des Justizgebäudes konnte stadtseits noch nicht vollständig realisiert werden. Diese Nutzungsvereinbarung schlägt der städtischen Einrichtung Memorum Nürnberger Prozesss im freistaatlichen Gebäude u.a. zusätzliche Bereiche für die Erweiterung ihrer Dauerausstellung zu. Damit könnten grundlegende Schwachstellen der Einrichtung überwunden werden. Ein Hindernis bisher war, dass sich Stadt und Freistaat nicht darüber einigen konnten, wer die Kosten für den Bau übernimmt. Mit dem Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2025 stellt die Bayerische Staatsregierung die erforderliche Summe im Rahmen eines zusätzlichen Bauetats für das Nürnberger Justizgebäude zur Verfügung. Diese Gelegenheit ist zugleich auch eine Verpflichtung der Stadt, nun auch ihren Anteil an der Erweiterung der Dauerausstellung zu tragen.
Es wird der Beschluss eingefordert, KuM mit der Erweiterung der Dauerausstellung und der Einwerbung der dafür komplementär zu den bereits eingestellten MIP-Mitteln notwendigen Drittmitteln zu beauftragen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☒ Kosten bekannt

Gesamtkosten	1.500.000 €	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	1.500.000 €	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☒ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Siehe Anlage.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **Ref. I/II/Stk**

☐

☐

Beschlussvorschlag:

- Der Kulturausschuss beauftragt die Verwaltung / KuM die Erweiterung der Dauerausstellung des Memoriums Nürnberger Prozesse voranzutreiben. Mit Abschluss der freistaatlichen Baumaßnahme soll dort eine Erweiterung der Dauerausstellung eingebaut und eröffnet werden.

- Die Realisierung der Erweiterung der Dauerausstellung kann nicht allein durch städtische Eigenmittel gestemmt werden. Die dafür im MIP bereits eingestellten Posten bedürfen einer Komplementärfinanzierung (mind. 50%). Die aktuelle Kostenschätzung für die Realisierung der Dauerausstellung beläuft sich auf 1,5 Mio. Euro. Der Kulturausschuss beauftragt KuM bzw. die Abteilung Erinnerungskultur und Zeitgeschichte, Drittmittel in Höhe von 750.000,00 € zur komplementären Finanzierung der Gestaltung, Herstellung und des Einbaus der Erweiterung der Dauerausstellung über die Gedenkstättenkonzeption des Bundes (BKM) einzuwerben. 750.000,00 € sind aus Eigenmitteln der Stadt Nürnberg zu finanzieren und bereits planmäßig im MIP eingestellt.